

Laibacher Zeitung.

Nr. 219.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 24. September

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 h.

1868.

Mit 1. October

beginnt ein neues Abonnement auf die
„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1868:

| | |
|-------------------------------------------|--------------|
| Im Comptoir offen | 2 fl. 76 kr. |
| Im Comptoir unter Couvert | 3 „ — |
| Für Laibach ins Haus zugestellt | 3 „ — |
| Mit Post unter Schleifen | 3 „ 75 |

Amtlicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin sind mit Ihrer kaiserlichen Hoheit der durchlauchtigsten Erzherzogin Marie Valerie vorgestern, den 22. d. M., Vormittags von Schönbrunn nach Gödöllö abgereist.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben auf Grundlage eines diesfalls erstatteten allerunterthänigsten Vortrages des Reichskanzlers, Ministers des kaiserl. Hauses und des Aeußern, mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. September d. J. dem mit dem Titel und Rang eines Hofsecretärs ausgezeichneten Gabriel Bavarik eine systemisirte Hofsecretärsstelle in der Präsidialsection des gemeinsamen Ministeriums des Aeußern allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. September d. J. dem Oberstaatsanwaltsstellvertreter in Lemberg Karl Vidl tagfrei den Titel und Charakter eines Kreisgerichtsrathes allergnädigst zu verleihen geruht. Herbst m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. September d. J. den Gymnasialprofessor zu Zara Joseph Cobenzl zum wirklichen Director am k. k. Gymnasium zu Ragusa allergnädigst zu ernennen geruht. Hafner m. p.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Zglauer Gymnasialprofessor Michael Schenk zum Director der Haupt- und Unterrealschule so wie der Lehrerbildungsanstalt in Kornenburg ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 24. September.

Die Zerrwürfnisse mit dem Gemeinderathe, in welchen sich der Bürgermeister Herr Dr. Ethbin Heinrich Costa befindet, haben einen Zustand geschaffen, welcher ebensovohl mit den Interessen der Stadtgemeinde, als mit den Interessen der öffentlichen Verwaltung unvereinbarlich ist.

Bei der Aussichtslosigkeit der Behebung dieses unheilvollen Zustandes auf anderem Wege hat das k. k. Landespräsidium den Gemeinderath der Landeshauptstadt Laibach im Sinne des § 47 der provisorischen Gemeindeordnung für Laibach vom 9. Juni 1850 aufgelöst und die einstweilige Leitung der Magistratsgeschäfte dem ersten Magistratsrath Herrn Johann Guttman übertragen.

Diplomatische Glossen zur Lage.

Wien, 19. September. Unter obigem Titel erhält die „N. Fr. Pr.“ nachstehende Zuschrift eines nicht österreichischen Diplomaten: Nebeneiner mit den außerordentlichsten Hilfsmitteln ausgerüsteten und mit steigendem Einfluß thätigen freien Presse arbeitet die Diplomatie heute unter wesentlich andern Bedingungen und Voraussetzungen als ehemals, und ich meine, daß ich jetzt gleichzeitig meinem diplomatischen Beruf förderlich bin, wenn ich Ihnen, einer Anregung folgend, von Zeit zu Zeit einige Glossen zur politischen Situation sende, Glossen, die Sie als Echo dessen, was in unseren Salons vernehmbar

wird, hinnehmen und nach Ermessen benützen oder ignoriren mögen.

Sehr wahr, daß ein gut Theil der Entscheidung in der Kriegs- und Friedensfrage zwischen Frankreich und Preußen in den Händen der unbetheiligten Macht Oesterreichs liegt. Ließe sich nämlich Oesterreich vorzeitig in eine Allianz ein, nämlich mit Frankreich, so hieße das den Ausschlag für den Krieg geben. Oesterreich selber drückt dabei auf die Haltung Italiens. Wollte Frankreich oder Preußen Italien gewinnen, so müßte es ihm außer Rom auch Dinge versprechen, die Oesterreich berühren würden, und darum bleibt auch, solange Oesterreich sich reservirt hält, die italienische Allianz offen. Sie ist bedingt von der österreichischen Allianz und kann je nach der Constellation zu einer Coalition Oesterreichs und Italiens mit einer der beiden Mächte Preußens und Frankreich oder zu einer Gegnerschaft führen, so daß entweder Preußen mit Italien, oder Preußen mit Oesterreich wider Frankreich mit Oesterreich oder wider Frankreich mit Italien stehen würden. Noch sind alle Programme möglich, weil die Gegnerschaft Frankreichs und Preußens keinen stabilen politischen Gedanken zur Grundlage hat, sondern lediglich der Eifersucht, der Vorforgniß vor dem Uebergewicht entspringt, also lediglich von egoistischen, principlosen Motiven dictirt wird.

Was thut nun Oesterreich? Mir scheint es bis jetzt, daß es ehrlich den Frieden erhalten will. Zwar ist unverkennbar in den Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich mehr Wärme, als in denen zu Preußen. Indessen läßt sich bis jetzt nicht durchschauen, ob jene Wärme und diese Kälte Mittel oder Zweck sind. Und daß sich das nicht erkennen läßt, ist sicher ein Lob für die Diplomatie des Baron Bunsen. Aber der Satz eines gewiegten Staatsmannes mit österreichischen Sympathien verdient sicherlich einige Beachtung, der Sagt: „Etwas ist die österreichische Allianz sicherlich werth“; sagen wir, sie sei zwei Gulden werth. Bietet nun Frankreich den Oesterreichern drei Gulden für ihre Allianz, Preußen aber nur einen Gulden, dann soll Oesterreich aus Preußens Händen den niedrigeren Preis nehmen, denn er ist der sicherere, der redlichere. Allein einen Preis muß Preußen allerdings bieten, denn zur Befestigung des Prager Friedens kann doch unmöglich Oesterreich Heeresfolge für Preußen leisten, sonst hätte Oesterreich alle Lasten ohne Rechte seiner Zugehörigkeit zum deutschen Bunde, und das hieße die Ausschließung aus Deutschland zu einem leoninischen Vertrage machen.

Aber wie? Könnte Oesterreich nicht auch neutral bleiben? Gewiß könnte es dies, doch nur bis zu einem gewissen Momente. Stoßen Franzosen oder Preußen auf einander, dann wird Süddeutschland ins Mitleid gezogen, und Oesterreich muß sich, ehe noch französische Soldaten in Süddeutschland erscheinen, entschieden haben, ob es nicht dieser Eventualität zuvorkommen will. Und ehe es dies thut, muß es wissen, in welchem Sinne es seine Armee gegen Westen Aufstellung nehmen lassen will. Wartet Oesterreich mit jeder Parteinahme bis zum ersten Siege, sei es Preußens, sei es Frankreichs, dann bleibe in dem Falle, wenn der Sieg noch kein entscheidender wäre, Oesterreich allerdings noch die Möglichkeit einer bewaffneten Mediation oder einer nachträglichen Allianz mit der geschlagenen Macht. Das letztere ist gewiß schon die mißlichste Constellation, das erstere aber, das darf man sicher sein, werden die Duellanten perhorresciren. Und daraus folgt, daß Oesterreich sich bei guter Zeit zu entscheiden haben wird, rechtzeitig, aber nicht vorzeitig.

Doch die Hauptsache. Ist der Krieg unvermeidlich? Ja, er ist es, den einzigen Fall ausgenommen, daß Preußen und Frankreich sich gegenseitig Vergrößerungen zugestehen, jenes auf Kosten Belgiens, dieses auf Kosten Süddeutschlands. Ist dieser Fall wahrscheinlich? Nein; denn die Gegner wollen einander schwächen, nicht stärken. Der Prager Friede erweist sich als eine schlecht gedachte Rechtsgrundlage, weil er Frankreich und auch das aus Deutschland ausgeschlossene Oesterreich berechtigt, die definitive Lösung der deutschen Frage zu verhindern, und die deutsche Frage in der Schwebe läßt. In dem Maße, als Preußens Consolidation wächst, steigt der Unmuth auf französischer Seite. Bismarck fährt dies, und er will den Krieg sogleich. Noch will ihn König Wilhelm nicht, weil er für seine Vorbeeren fürchtet. Darum ist Bismarck verbannt, und es kann sein, daß er stirbt, wie Cavour, vor dem Ende.

In Sachen des nächsten Lateranischen Concils.

München. (A. A. Ztg.) Die Massenbetheiligung angesehener katholischer Cleriker und Laien an der nach Rom ausgeschriebenen Kirchenversammlung steht insofern außer Frage, als eine voraussichtlich zunehmende Anzahl kirchlichgesinnter Männer, die keineswegs auf Umsturz sinnen und vermöge ihrer bisherigen Verdienste um das religiöse Leben, wie um die christliche Wissenschaft auch ein Gewicht in die Waagschale legen, allen Ernstes mit Petitionen auftreten und ein Lebenszeichen geben werden. Ausgehend von dem Augustinischen Grundsatz: In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas, gewinnen sie einen festen Anhaltspunkt; auch darf man nicht der Vergessenheit anheimgeben, daß unter dubiis zur Zeit der Kirchenväter die weltliche Wissenschaft, Naturkunde und was man heidnische Philosophie nannte, verstanden wurde. Die Zeit drängt nicht, und die Angelegenheit ist noch keineswegs über das Stadium der Vorbesprechung hinaus, doch ergeben sich bereits einige Hauptfragepunkte, die wir kurz dahin formuliren dürfen:

1) Es möge die Verhängung des Index den Diöcesanbischöfen überwiesen, die künftige Wahl der Bischöfe aber durch den Clerus in Aussicht genommen werden, da es mit den christlichen Staatsregierungen mehr und mehr ein Ende hat und die Concordate zerrissen werden. 2) Es möge ebenso wenig kirchlichen Synoden als gelehrten Versammlungen ein Hinderniß gestellt werden, und wie den Gegnern der unausgesetzte Angriff, so den Vertheidigern das Recht der organisirten Abwehr freistehen. 3) Einem Antrag auf Ausscheiden kirchlicher Bildungsanstalten von den bestehenden, wenn auch säcularisirten Hochschulen sei nicht nachzugeben. 4) Eine Verwendung des Kirchenvermögens zur Unterstützung der conservativen Presse sei als zeitgemäß zu erkennen. 5) Stiftungscapitalien zu frommen und humanen Zwecken sollen nicht in Staatspapieren angelegt werden, sondern bei den hergebrachten mäßigen Zinsen auch den Gemeinden zu gut kommen, wo die Stiftung steht. 6) Die Fürsorge für die Armen sei nicht Sache der weltlichen Behörden, die Armenfrage überhaupt nicht durch neue Besteuerung zu lösen, sondern der christlichen Caritas in der Hand der Kirche anheimzugeben. 7) Die Lösung der socialen Frage könne nicht dem Polizeistaat aufgebürdet noch der Selbsthilfe vertraut werden, sondern erfordere die Anstrengung aller Wohlgeinten, und bilde als theilweise Erlösung vom alten Fluche der Sklaverei ein eigentliches Gebiet der Kirche. 8) Eine Organisation der Arbeitervereine (Gesellenvereine u. f. w.) sei in Verbindung mit freiwilligen Lehrinstituten zu bringen. 9) Jährliche Generalversammlungen der sämmtlichen Vereine für Caritas, christliche Kunst und Wissenschaft, Presse und Missionwesen seien allen Vändern der Christenheit anzuempfehlen. 10) Die Pflege der verwundeten Krieger auf den Schlachtfeldern sei als gemeinsame Angelegenheit aller Parteien und Confectionen zu behandeln, und die sämmtlichen Orden für Krankenpflege daran zu theilhaben. 11) Den von der allgemeinen Kirche getrennten Brüdern sei, soweit sie noch positiv christlich gesinnt und von gutem Willen wären, möglichst friedfertig entgegenzukommen, zumal der Geist der Negation nicht bloß einzelnen Confectionen, sondern der Religion selber den Krieg erklärt. 12) Die Gründung abendländischer Hochschulen sowohl in Constantinopel als in Kairo sei nach Kräften zu bewerkstelligen, und die von der französischen Kirche bereits getroffenen Voranstalten auszuführen.

Dem Glauben an die Fortwirkung des guten heiligen Geistes soll demnach nicht abgesagt werden wie in der morgenländischen Kirche. Es kommt alles darauf an, ob es wirklich zu einem Concil im frühern Sinn des Wortes sich anlassen wird, oder ob der Episkopat bloß einberufen werden soll, um Vorlagen zu unterschreiben, wie bei der Erklärung der immaculata conceptio. In Orient hat die Ueberzahl der glaubenseifrigen Italiener den Ausschlag gegeben, das piemontesische Königreich aber hat zahlreiche Bischofsstühle aufgehoben, und durch die von Pius IX. verfügte Erhebung der anglicanischen Kirchenstühle, deren Inhaber mit Dampf und Locomotiven der ewigen Stadt zueilten, dürfte das germanische Element in der bevorstehenden Kirchenversammlung sich entschieden verstärken, wie auch bei der nächsten Papstwahl mehr zu Wort kommen.

Oesterreich.

Prag, 21. September. Der Statthalter erließ an die Bezirkshauptmänner ein Rundschreiben, welches sich über die Institution der Amtstage des näheren ausspricht. Die Bezirkshauptleute sollen den Amtstag möglichst persönlich, jede zweite und dritte Woche an den betreffenden Orten abhalten. Die Amtstage müssen dazu dienen, um Geschäfte an Ort und Stelle zu erledigen, zu deren Austragung sonst eine Correspondenz mit den Gemeindevorständen oder die Vorladung von Parteien erforderlich wäre. Die Bezirkshauptleute müssen an Amtstagen allen Parteien zugänglich sein, so daß die Bevölkerung einsehe, daß ihre Wege an den Amtstagen die Bezirkshauptmannschaft gleichsam in ihre Mitte verlegt worden ist. — Das heutige Abendblatt der „Prager Zeitung“ wird um Aufnahme einer Mittheilung ersucht, aus welcher hervorgeht, daß die Nachricht der Berliner „Nationalzeitung“, die vom Churfürsten von Hessen-Cassel ausgehende Denkschrift sei bereits an die europäischen Höfe entsandt worden, unwahr sei.

Rusland.

Nordamerika. (Aussichten Grants auf den Präsidentenstuhl.) Der amerikanische Correspondent der „Times“, welcher oft gut unterrichtet ist und die Verhältnisse der Union mit Mäßigung beurtheilt, hat, nachdem er längere Zeit die guten Aussichten Grants auf die Präsidentschaftswahl hervorgehoben, neuerdings seine Meinung geändert, und ist aus manchen Anzeichen fast geneigt, an eine demokratische Mehrheit zu glauben. Als Hauptgrund für diese Annahme führt er die vortheilhaftere Stellung der Demokraten in der Offensive an. Es kommt ihnen dabei sehr zu statten, daß sie so lange nicht mehr die Macht in der Hand hatten und die Sünden einer schlechten Administration ihnen nicht aufgebürdet werden können, während sie selbst im Einklange mit der Tactik des Angriffes die Republikaner für alles Unheil, welches das Land betroffen hat, verantwortlich machen. Ueberbürdung mit Steuern, schreiende Corruption unter den Beamten, Verschwendung der Staats-einkünfte, Despotismus im Süden und puritanischer Fanatismus im Norden sind alles dankbare und leicht zu behandelnde Thematika, dabei wird im Norden die Abneigung des weißen Arbeiters gegen den Farbigen geschickt benutzt, während im Mississippi-Thal Papierzahlung der Staatsschuld aller Orten Anhänger findet und mit schmetternden Fanfaren als demokratisches Wahlprogramm angekündigt wird. Die Republikaner auf der andern Seite befinden sich durch ihre Defensivstellung benachtheiligt, und müssen erfahren, daß ihre Parteischlagwörter vom Bürgerkrieg nachgerade abgenützt sind. Schon hat der „New-York Herald“, der vor einiger Zeit laut Grants Sieg verkündete, den Mantel gedreht, und diese Schenkung eines Blattes, das wegen seines Schwimmens mit dem Strom und einer feinen Nase für Luftveränderungen bekannt ist, bedeutet für die Republikaner nichts gutes. Freilich werden noch zwei Monate vor den Wahlen verlaufen, aber Grants Anhänger werden wacker arbeiten müssen, wenn sie in der Zwischenzeit den verlorenen Boden wieder gewinnen wollen.

Washington, 5. September. (Empfang des österreichischen Gesandten.) Präsident Johnson hat gestern den neuen österreichischen Gesandten, Baron Lederer, offiziell empfangen. Bei Ueberreichung seiner Beglaubigungs-Schreiben hat Baron Lederer an den Präsidenten folgende Ansprache gerichtet: „Nachdem Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, mein erhabener Souverän, durch gegenwärtiges Schreiben den Grafen Wydenbruck von dem diplomatischen Posten, welchen derselbe seither in den Vereinigten Staaten eingenommen, abberufen, hat derselbe allergnädigst geruht, mich zu einem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in diesem Lande zu ernennen. In Folge dessen habe ich die Ehre, die Beglaubigungs-Schreiben zu überreichen, durch welche mein Souverän mich in dieser Eigenschaft bei Ew. Excellenz accreditirt hat. Ich werde mich bestreben, meine Pflichten dadurch zu erfüllen, daß ich ein treuer Dolmetsch seiner Gesinnungen Ew. Excellenz und der amerikanischen Nation gegenüber sein und fortfahren werde, die guten und freundlichen Beziehungen, welche so glücklich zwischen meinem Vaterlande und den Vereinigten Staaten bestehen, zu entwickeln und zu erweitern. Die Entwicklung der amerikanischen Constitution und seiner Institutionen, sowie der wachsende Wohlstand der Vereinigten Staaten sind eine Quelle großen Interesses für Oesterreich gewesen, wie denn auch der große Fortschritt, welchen mein Vaterland innerhalb der letzten paar Jahre gemacht, augenscheinliche Sympathien in diesem Lande gefunden hat. Ich hoffe daher, daß diese gegenseitigen Gefühle ein neues Band zwischen den beiden Nationen bilden werden.“ Auf diese Ansprache erwiderte Präsident Johnson, wie folgt: „Baron Lederer! Ich bitte Ihnen ein herzliches Willkommen in den Vereinigten Staaten. Ihr Souverän, der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, ist uns stets freundlich zugethan gewesen, und die Bewohner dieser sowie aller übrigen Staaten, über welche derselbe herrscht, haben sich durchgängig freundlich, liberal und hochherzig in

der Anerkennung, welche sie uns angedeihen ließen, erwiesen. Ihre Regierung ist jetzt eifrig bestrebt, die Grundlagen der bürgerlichen und religiösen Freiheit zu stärken. Wir würden nicht nur ungerecht gegen das österreichische Volk, sondern unseren eigenen Ueberlieferungen und Grundsätzen untreu sein, wenn in einer solchen Krisis wir ihm nicht unsere brüderliche Sympathien und unsere moralische Unterstützung entgegenbrächten.“

Krainischer Landtag.

15. Sitzung.

Laibach, 23. September.

Der Landeshauptmann v. Wurzbach eröffnet die Sitzung um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Schriftführer Deschmann verliest das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wird. Dr. Preuß übernimmt die Stelle des Schriftführers.

Der Vorsitzende theilt den Einlauf mit, worunter sich die Petition der Papierfabrik in Zwischenwässern im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstande von Zwischenwässern um Erhaltung der Zehrerbrücke aus dem Landesconcurrentenfonde befindet. Es wird zur Tagesordnung übergegangen.

1. Dr. Costa referirt über die Regierungsverlage betreffend die Abänderung des § 6 der Gemeindeordnung für Krain vom 17. Februar 1866, welche lautet:

„Mit Zustimmung des Landtages Meines Herzogthums Krain finde ich zu verordnen, wie folgt:

§ 1.

Der § 6 der Gemeindeordnung für Krain vom 17. Februar 1866 tritt in seiner gegenwärtigen Fassung außer Kraft und hat künftig zu lauten:

Die Gemeindeglieder sind entweder

- a. Gemeindeglieder, das sind diejenigen Personen, welche in der Gemeinde heimatberechtigt sind, oder
- b. Gemeindeglieder, das sind jene, welche, ohne in der Gemeinde heimatberechtigt zu sein, im Gebiete derselben entweder einen Haus- oder Grundbesitz haben oder von einem in der Gemeinde selbständig betriebenen Gewerbe oder Erwerbe eine directe Steuer entrichten oder in der Gemeinde wohnen und daselbst ein sonstiges Einkommen versteuern.

§ 2.

Dieses Gesetz hat mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit zu treten.

Eine Wählerneuerung hat deshalb nicht stattzufinden.“

Der Verfassungsausschuß beantragt die unveränderte Annahme dieser Vorlage.

Wird ohne Debatte angenommen und in dritter Lesung zum Gesetz erhoben.

2. Abg. Dr. Costa referirt über das vom k. k. Finanzministerium dem Landesauschusse abgeforderte Gutachten über die beabsichtigten Reformen in der Grund- und Gebäudebesteuerung.

Wird der Antrag des Landesauschusses, den Finanzanschuß mit der Berichterstattung und Antragstellung zu beauftragen, ohne Debatte angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben. (Der Präsident tritt den Vorsitz an den Landeshauptmannstellvertreter Kosler ab.)

3. Abg. Svetec referirt über den Bericht des Landesauschusses, betreffend den Verhandlungsact über den Bau der pfarrhöflichen Wirtschaftsgebäude in St. Kanzian bei Gutenwerth und das Einschreiten um Genehmigung einer 31perc. Gemeindeumlage auf die directen Steuern zur Deckung des diesfälligen Kostenaufwandes im Hinblick auf § 79 Gemeindegesetzes vom 17. Febr. 1866 und § 11 des Gesetzes vom 20. Juli 1863.

Der Antrag lautet, der gedachte Verhandlungsact sei der k. k. Landesregierung mit dem Beifügen zurückzustellen, der Landtag könne diesen Gegenstand nicht in Erwägung ziehen, weil der Gemeindebeschluß, mit welchem der Zuschlag bewilligt wurde, und der Beweis, daß derselbe nach § 83 der Gemeindeordnung gehörig kundgemacht wurde, nicht beigebracht worden ist.

Der Herr Landespräsident ergreift das Wort, um zu bemerken, daß die einschlägige Verhandlung bereits seit dem Jahre 1858 fortwährende, sämtliche concurrenzpflichtige Gemeinden seien mit dem Bau einverstanden und haben die Verpflichtung zu den Geld- und Naturalleistungen schon damals ausdrücklich übernommen, darin liege der Grund, daß die k. k. Bezirkshauptmannschaft von den gesetzlichen Formalitäten des späteren Gemeindegesetzes von 1868 abgesehen habe, deren Nachholung selbstverständlich keinem Anstande unterliegen würde. Seitdem sei schon ein großer Theil der Rückstände ohnedies eingezahlt worden, und die Landesregierung hätte daher gegen den vorliegenden Antrag um so weniger etwas zu erinnern, als die Einbringung der noch übrigen Rückstände auch anstandslos im Wege der gewöhnlichen politischen Execution, wie bei andern ähnlichen Concurrrenzbeiträgen, erfolgen kann.

Der Antrag des Ausschusses wird ohne Debatte angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

4. Abg. Svetec berichtet über den Wahlact der Städte Rudolfswerth, Gurkfeld, Möttling, Tschernembl, Landstraß und Weizelburg.

Der Bericht lautet im wesentlichen dahin, daß die Wahlacte von Weizelburg unrichtig und unterschoben sei.

Die beiden Abstimmungsverzeichnisse enthalten 84 Wähler der Stadt Weizelburg, während die Liste der wahlberechtigten Gemeindeglieder der Stadt Weizelburg deren nur 46 aufzählt. Da nach § 28 der Landtagswahlordnung die Hauptliste des ganzen Wahlbezirkes aus den Listen der einzelnen Städte und Märkte zusammenzustellen ist, so müsse man sich fragen, wie kommen in die Hauptliste jene 38 Namen, welche in der Wählerliste von Weizelburg fehlen? Offenbar sei hierfür eine andere Erklärung nicht möglich, als daß diese letztere Liste erst später angefertigt und früher eine abweichende 84 Namen enthaltende vorgelegt sei.

Von den 84 Weizelburger Wählern gehört ein Drittel nach der Steuervorschreibung nicht in das Wählerverzeichnis. Davon haben 10 für Dr. Suppan gestimmt, deren Stimmen also als ungiltig anzusehen sind. Außerdem wurden dem Dr. Suppan noch 4 und dem Staatsanwalts-Substituten Ravnika 5 Stimmen beizugerechnet.

Werden von den im ganzen abgegebenen 319 Stimmen die ungiltigen 19 abgezogen, bleiben 300. Die absolute Majorität ist somit 151. Dr. Suppan erhielt 161 Stimmen, davon die 14 ungiltigen ab, bleiben 147; von den 158 Stimmen des Ravnikaer abgezogen 5, bleiben 153 daher hat derselbe die absolute Majorität.

Der Herr Landespräsident ergreift das Wort, um in Betreff der schon in der letzten, den Gegenstand betreffenden Vorlage, nämlich den Bericht des Landesauschusses berührten Preßion von Seite der Regierungsorgane zu bemerken, daß im Wahlacte davon keine Spur zu finden sei, Wahlagitationen mögen allerdings vorgekommen sein, dergleichen ganz zu vermeiden, sei aber noch keinem Wahlgesetz und den ältesten Verfassungsstaaten trotz aller Reformbill nicht gelungen, nur müsse er sich gegen die daraus in Absicht auf die Einwirkung der Regierung gezogene Folgerung verwahren; über die angebliche Drohung mit der Entlassung aus dem Staatsdienste werden wohl die betreffenden Beamten selbst nicht so angesehen haben, als wären sie von kompetenter Seite gekommen, die Gerichtsverhandlung, deren der Landesauschuß erwähnt, beziehe sich auf Excesse nach der Wahl beweise, also nichts für Agitation während derselben. Was die angebliche Falsification der Weizelburger Wählerliste betreffe, so seien zwar in derselben factische Berichtigungen vorgenommen worden, als die Reclamationen geschlossen waren, die Gemeinde Weizelburg, mit deren Einverständnis diese erfolgten, habe den Anstand selbst der Wahlcommission zur Kenntniß gebracht und diese sei darüber hinausgegangen. Wenn aber constatirt wurde, daß diese Listen wirklich an den wesentlichen Gebrechen litten, und hiemit der Landtag den Wahlact zu beanstanden findet, so würde die Regierung sicher keinen Anstand nehmen, eine neue Wahl anzuordnen, allein es müsse wesentliche Bedenken erregen, wenn der Wahlact, insoweit er die Wahl des Dr. Suppan betrifft, wegen der Gebrechen jener Wählerliste, die einen wesentlichen Bestandtheil desselben bildet, beanstandet, zugleich aber auf Grundlage desselben Wahlactes die Wahl eines andern Candidaten für gültig erkannt werden wollte. Es sei daher nur zu gewärtigen, ob nicht im Laufe der Verhandlung andere Aufklärungen über die Gültigkeit des Wahlactes gegeben werden, doch müsse sie sich dagegen verwahren, daß eine und dieselbe Wahl gleichzeitig gültig und ungültig sein könne.

Abg. Kalkenegger: Die Erhebungen seien noch nicht vollständig, Sache des Landesauschusses wäre es gewesen, dieselben zu vervollständigen. Es gebe nur die Wahl zwischen weiteren Erhebungen und Annullirung des Wahlactes. Der Ausschuß sei in eine Kritik der Wählerlisten eingegangen, das Haus habe aber nicht den Verstand, die Wählerlisten zu rectificiren, da ja überdies eine verlässliche Grundlage fehle. Den Vorwurf der Unterschreibung betreffend, könne man doch wohl nicht behaupten, daß die Wählerliste mit 46 eingeschoben worden, um die Zahl der 84 Wähler zu decken. Auf die Steuervorschreibung könne man sich nicht berufen, denn nach den Steuerbeträgen wäre die Reihenfolge der Wähler eine ganz andere, als diejenige, welche in den Landtagswahllisten enthalten sind. Wären die Wähler nach den Steuerbeträgen gereiht worden, so wäre das Resultat ein ganz anderes. Zudem seien Wähler doppelt aufgeführt und moralische Personen einbezogen, welche nicht persönlich abstimmen können. Er wolle nur auf die Tragweite eines Beschlusses aufmerksam machen, der auf so zweifelhafter Basis beruhe. Schließlich stellt er den Antrag, der Wahlact sei dem Landesauschusse zu weiteren Erhebungen zurückzustellen.

Abg. Römmer constatirt, daß 310 Stimmen abgegeben wurden, davon 161 für Dr. Suppan, 158 für Ravnika, wenn auch bei jenen 4, bei diesem 5 ungiltige Stimmen abgezogen werden, bleiben noch immer 157 für ersteren, 153 für letzteren. Der Wahlact sei am 2. April 1867 ohne Protest oder sonstige Beanstandung eingelangt, es sei kein Anlaß zu Erhebungen vorgelegen, es seien aber ohne Wissenschaft des Landesauschusses vom Referenten einseitige Erhebungen eingeleitet worden, ohne daß eine amtliche Anzeige vorgelegt wäre. Diese bezogen sich auf das Alter einiger Wähler. Der Protest der Tschernemblers Insassen, erst am 2ten

April 1867 eingelangt, sei als ungegründet befunden worden. Erst am 24. Juli l. J. sei wieder ein Protest eingelangt. Es seien Wähler aus verschiedenen Gründen beanstandet worden, welche sich bezüglich 12 derselben als unerblich gezeigt. Er (Kromer) habe den Gegenstand im Landesausschusse angeregt und hervorgehoben, es möge der Schein der Parteilichkeit vermindert werden. Die weiteren Erhebungen seien jedoch unvollständig gewesen und nicht entsprechend gewürdigt worden, was Redner an Beispielen zeigt. Die Majorität finde den Protest von Tschernembl, welcher doch die Ausscheidung nicht eines einzigen Wählers zur Folge hatte, gegründet, dagegen jenen von Rudolfswerth, auf Grund dessen 5 Wähler ausgeschieden wurden, als ungegründet.

Von angeblichen Wahlpressionen ist dem Redner nichts bekannt, man könne doch nicht einen Wahlact auf Grund bloßer Gerüchte annulliren und den entlegenen Städten neue Zureisefkosten verursachen. Seit 2. April 1867 (Deschmann: Hört!) lag der Act in der Hand des Referenten. Was geschah aber? Man wendete sich an das Gemeindeamt Weizelburg um Mittheilung des Verzeichnisses der Wahlberechtigten und ihrer Steuervorschreibung. Dieses erwiderte, es habe die Wahllisten bereits an das Landespräsidium geleitet. Dieses endlich, darum ersucht, antwortete, die Wahllisten von Weizelburg seien zugleich mit dem Wahlact von Rudolfswerth dem Landesausschusse übermittelt worden. Damit waren die Erhebungen abgeschlossen. Die Majorität sagt zwar, sie habe den einzig möglichen Weg eingeschlagen, war es aber nicht etwa thöricht, sich an die Bezirksämter Littai und Sittich zu wenden? Das Steueramt Sittich konnte ja die Steuervorschreibung liefern. Es sei aber statt alles dessen durch 1 1/2 Jahre gar nichts geschehen. Die Unterschiebung der zweiten Wahlliste mit 46 Wahlberechtigten betreffend, sagt Kromer, es sei allerdings eine unverzeihliche Leichtfertigkeit der Beamten, welche die Wahllisten von Weizelburg firmirt und das Operat von Rudolfswerth zusammengestellt haben.

Abfällige Fälschung könne man ihnen aber nicht zumuthen, diese könne auch sehr leicht entdeckt werden. Warum habe man denn die Differenz in den Wahllisten von Weizelburg nicht näher erhoben? Diese können durch Geschäftsüberhäufung entstanden und die richtige Liste (mit 46 Wahlberechtigten) nachträglich eingeschickt worden sein. Die Majorität berufe sich zur Ausscheidung eines Drittels der Weizelburger Wähler auf ein weder datirtes noch amtlich ausgefertigtes Steuervorschreibungs-Verzeichniß, dessen Echtheit fraglich sei, daß es unrichtig, zeige ein oberflächlicher Einblick. Redner führt Beispiele dafür an. Wenn aber auch 9 Wähler als beanstandet ausgeschieden werden, so bleiben noch 149 (von 158) für Dr. Suppan und 148 für Ravnitar. Die Majorität erkenne 56 Wähler als wahlberechtigte an, in der vom Bezirksvorsteher firmirten zweiten Liste kommen nur 46 vor, sollen die übrigen 10 ihres Wahlrechtes beraubt werden? Die Correcturen in den Legitimationskarten können von den nachträglichen Einlangen der zweiten Liste herrühren. Er schließt, nach seiner Ueberzeugung seien die Erhebungen mangelhaft, man könne über die Legalität der Wahl nicht absprechen, noch weniger Ravnitar als gewählt anerkennen, er schließe sich dem Antrag Kalteneckers an. (Bravo.)

Graf Thurn findet in dem Vorgange der Majorität ein Seitenstück zur Wahl von Adelsberg, man ziehe es vor, dem Gegner die Thür zu verschließen, als ihn mit geistigen Waffen zu bekämpfen; die Führer der slovenischen Partei scheinen sich einen urgermanischen (?) Wahlpruch gewählt zu haben, der da lautet: Macht ist Recht. Er überlasse übrigens das Urtheil der öffentlichen Meinung; originell sei jedenfalls der Antrag, Ravnitar als gewählt anzuerkennen. Siebzehn Monate habe der Ausschuss gebraucht, um den Wahlact mit dem Antrage vorzulegen, ihn einem zweiten Ausschusse zuzuweisen. Der Wahlact zeige ein Janushaupt, wende man sich von Dr. Suppan ab, so müsse man sich Ravnitar zuwenden. Ravnitar sei die Zumuthung des Ausschusses, eine in acht Tagen abgeschlossene Berathung als Grundlage anzuerkennen. Der Ausschuss muthe der Regierung eine unwürdige Rolle zu, einmal solle dieselbe Dr. Suppans, ein andermal Ravnitar's Wahl anerkennen. Er erklärt schließlich, sich den Vorrednern Kaltenecker u. Kromer anzuschließen.

Abg. Dr. Toman weist den Vorwurf der Parteilichkeit zurück, auch seine Partei kämpfe mit den Waffen des Geistes. Daß von der Pression in den Acten nichts steht, glaube er gern; die Correctur sei aber jedenfalls ungeseglich und daher auch die ganze Grundlage der Wahl. Er stimme der Aeußerung des Landespräsidenten bei, daß der Wahlact im Falle der wirklichen Nachweisung einer Fälschung zu verwerfen wäre, doch glaube er, daß deswegen nicht die ganze Wahl ungültig sei, denn sonst müßten auch offenbare Majoritätswahlen verworfen werden. Gegen Kaltenecker sagt er, der Landesausschuss hatte ein Recht, auszusprechen, daß er die Wahl für gerechtfertigt halte. Den Weizelburger Wahllisten fehlt die Angabe der Steuern, deshalb haben alle Weizelburger ungeseglich gewählt. Dem Abg. Kromer, der immer als Ankläger aufträte und den man nach Analogie des Staatsanwalts den Land-

tagsanwalt nennen könne, wirft Dr. Toman vor, er habe nicht die Wahrheit gesprochen. Als er (Dr. Toman) in einer Landesausschussung die Frage gestellt, ob noch Erhebungen gepflogen werden sollen, habe Kromer erwidert, er verzichte darauf. Dr. Toman erzählt sodann Wahlagitationsgeschichten, unter anderen, daß ihm ein Beamter, als es sich um seine (Dr. Toman's Wahl) handelte, gesagt: er könne nicht für ihn stimmen, sonst würde er sogleich entlassen.

Abg. Kromer sagt, die Vorgänge im Landesausschusse erheischen eine genauere Beleuchtung. Er könne für seine Behauptung einstehen und berufe sich diesfalls auf den Landeshauptmann v. Wurzbach. Dieser bestätigte die Wahrheit der Kromer'schen Angaben. (Bravo.)

Abg. Savinscheg spricht für Zurückweisung des Actes zu weiteren Erhebungen mit Rücksicht auf die einander diametral entgegengesetzten Anschauungen und auf die Wähler selbst.

Dr. Toman verlangt Vorlage und Vorlesung des Protokolls über die Landtagsausschussung, auf welche sich Kromer beruft, und stellt den diesbezüglichen Antrag, welcher angenommen wird.

Berichterstatter Svetec macht gegen Kaltenecker geltend, der amtliche Beweis für die Ungültigkeit der Wahllisten von Weizelburg könne nicht beigebracht werden, weil alle Acten, auf welche der Wahlausschuss seine Behauptung stützen könnte, verschwunden sind (Dr. Bleiweis: Cujus — Hört — Dobro!) sie seien aus dem Archiv des Landesausschusses gestohlen worden (Landeshauptmann v. Wurzbach übernimmt das Präsidium). Wir erkennen nur das Hauptverzeichniß als gesetzliche Grundlage an, dieses ist in Uebereinstimmung mit den Wahllisten der Gemeinden abgefaßt, es ist unter Mitwirkung des Bezirksvorstehers in Rudolfswerth, eines vertrauenswerthen Mannes zustande gekommen. Daß die zweite Wahlliste unterschoben sei, ergebe sich aus dem Datum, am 21. März habe die Ausfertigung der Legitimationskarten begonnen, am 26. März sei das Hauptverzeichniß angefertigt worden. Die unterschobene Liste habe das unglaubliche Datum vom 24. März. Zu welchem Zwecke sollte auch die Gemeinde Weizelburg die Acten an das Landespräsidium geschickt haben? Dieses stehe in keinem Zusammenhange mit dem Wahlact. Man habe sich neulich in Weizelburg überzeugt, daß die Acten auch da nicht sind, sie seien also verloren gegangen, weil sie gegen die Landtagsminorität sprechen, denn die Majorität habe keinen Grund gehabt, sie zu verbergen. (Deschmann protestirt im Namen der Minorität. Svetec: Dobro, Heiterkeit.) Von dem Mangel der Steuervorschreibung habe man im Ausschusse einstimmig abzusehen beschlossen, was beiden Theilen gleichmäßig zu Gute kam; gegen Kaltenecker wahr Svetec das Recht des Landtages, den ganzen Wahlact zu prüfen. Die Agitationen und Pressionen seien notorisch, wenn auch der Regierungsvertreter davon nichts wissen wolle. Man habe den Weizelburgern die Verlegung des Gerichtssitzes dahin in Aussicht gestellt, den Gottscheern Geld angetragen, die es zurückwiesen, Ehre unserem Volk! (Cujus!) Er sei nicht für die Verwerfung des ganzen Wahlactes. Jene, welche Ravnitar gewählt haben, haben ohne alle Pression gewählt, man dürfe ihnen keinen zweiten Wahlgang aufbürden; auch andere Landtage haben in ähnlichen Fällen so gehandelt, so der niederösterreichische, mährische, vorarlbergische Landtag. Der Antrag des Wahlausschusses stütze sich einfach auf Abrechnung der unglitigen Stimmen.

Kromer führt zur factischen Berichtigung an, erst einen Monat vor Zusammenberufung des Landtages habe er die Vorlage des Wahloperates angeregt, damals sei von der Differenz zwischen den Weizelburger Listen keine Rede gewesen. Dies sei erst zur Sprache gekommen, als der Gegenstand zur Vorlage an den Landtag gekommen. Da habe er dann seine Ansicht ausgesprochen, die Wahl könne nicht verificirt werden und auf diesem Standpunkte sei er immer geblieben.

Costa constatirt aus den stenographischen Protokollen von 1867, daß der Anstand wegen der Weizelburger Wahllisten schon damals zur Sprache gekommen.

Landeshauptmann Dr. v. Wurzbach constatirt, daß der Act 1 1/2 Jahre beim Referenten gelegen, ohne daß etwas geschah. Svetec: Aus den Acten geht hervor, daß sogleich nach der Wahl die Untersuchung eingeleitet worden. (Deschmann: Ohne den Landesausschuss! Svetec: Gleichviel.)

Das von Dr. Toman bezogene Protokoll vom 10ten d. M. wird schließlich herbeigebracht, vorgelesen und es ergibt sich daraus, daß Kromer allerdings auf die Umfrage Dr. Toman's erwidert, er verlange keine Erhebungen mehr, weil sie post festum kämen.

Der Antrag Kaltenecker wird bei namentlicher Abstimmung abgelehnt. Mit Ja stimmten: Apfaltrern, Deschmann, Kaltenecker, Kromer, Keistern, Rudesch, Savinscheg, Wurzbach; mit Nein: Graf Barbo, Bleiweis, Costa, Grabrijan, Jugoviz, Koren, Kos, Kramarič, Pintar, Preuc, Svetec, Tavčar, Terpinz, Dr. Toman, Treo, Dechant Toman, Zagorj, Zois.

In der Specialdebatte ergreift Deschmann zu lit. b. das Wort, um das willkürliche Verfahren der Majorität zu kennzeichnen. Warum habe man bei Adelsberg nicht die Nachmänner als gewählt einberufen?

Svetec habe ja herausgerechnet, daß Mülle eine Stimme weniger, als Dolschein hatte. Mit Enttäuschung erfülle ihn aber die Aeußerung Svetec: Züchtigen wir diejenigen, welche sich erkühnten, den Dr. Suppan mit den angegebenen Mitteln zu wählen. Der Landtag solle den Zuchtmeister der Wähler machen, die nicht im Sinne der Majorität wählen, der Landesausschuss übe in seiner Vorlage eine moralische Inspection. Diese Aeußerungen überzeugen ihn, daß im Landtage Partei geübt werden soll. Dr. Preuc erwidert Deschmann und sucht zu beweisen, daß Grund zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung wegen der Fälschung der Weizelburger Wahlliste vorhanden sei. Deschmann erwidert, es handle sich hier zunächst um Einführung des Ravnitar. Nach § 53 habe der Landtag nur über die Zulassung des Gewählten zu entscheiden. Gewählt sei Dr. Suppan. Der Landtag könne also nur aussprechen, die Wahl sei gültig oder ungültig.

Svetec erwidert: Wer die Mehrheit gültiger Stimmen erhalte, der sei als gewählt anzusehen. Daß der Wahlact 1 1/2 Jahre gedauert, sei durch die Auflösung des Landtages veranlaßt worden; wäre der neue Landtag früher einberufen worden, wäre auch der Act früher erledigt worden. Was die Wahl von Adelsberg betreffe, so haben die Nachmänner nicht die absolute Majorität gehabt.

Nachdem hiemit die Debatte geschlossen, wird der Ausschussantrag in der Specialdebatte angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben. Der Präsident erklärt hierauf, er werde den Gewählten von dem Beschlusse in Kenntniß setzen und einladen, seinen Sitz im Landtage einzunehmen.

Schließlich theilt der Präsident mit, daß ihm nachfolgende Regierungsvorlage übergeben wurde:

Hochwohlgeborener Herr!

Mit Beziehung auf den in der zehnten Sitzung d. J. vom Landtage gefaßten Beschluß ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren in geeigneter Weise zur Kenntniß des Landtages zu bringen, der Umstand, daß das Gesetz wegen zwangsweiser Vertheilung der Gutweiden nur in slovenischer Sprache beschlossen wurde, würde ein Hinderniß bilden, bei dessen Bestande das Ministerium nicht in der Lage wäre, dieses Gesetz zur allerhöchsten Sanction zu empfehlen.

Denn der Beschluß des Gesetzes auch im deutschen Texte wurde im Landtage verlangt und es muß dieses Verlangen schon nach Art. 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger als ein wohlbegründetes um so mehr anerkannt werden, weil nach dem Patente vom 27. December 1852 R. G. Bl. Nr. 260 für Gesetze der deutsche Text der authentische ist, daran durch das Patent vom 1. Jänner 1860 R. G. Bl. Nr. 3 und die kaiserl. Verordnung vom 17. Februar 1863 R. G. Bl. Nr. 19 nichts geändert wird, und weil in einem Lande, in welchem die deutsche Sprache auch Landessprache ist, nicht zugegeben werden kann, daß der authentische Text erst im Wege der Uebersetzung ohne directe Schlussfassung des Landtages hergestellt werde.

Zu Folge Erlasses des Ministers des Innern vom 20. d. Mts. Nro. 4421 M. J. ersuche ich daher Ew. Hochwohlgeboren den Landtag aufzufordern, das in Rede stehende Gesetz auch in deutscher Sprache zu beschließen.

Empfangen Ew. Hochwohlgeboren die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung
Laibach, am 23. September 1868.

v. Conrad m. p.

Diese Regierungsvorlage wird gedruckt an die Abgeordneten vertheilt und auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Nächste Sitzung Freitag. Tagesordnung:

1. Bericht des Schulausschusses über das Real-schulgesetz.
2. Bericht des Ausschusses über das Zwangsarbeitshaus, betreffend die Dienstinstructionen.
3. Rechnungsabluß des Grundentlastungs-fondes pro 1866.
4. Statistische Nachweisung über den Verdienst der Zwänglinge.
5. Bericht des Landesausschusses über das Ansuchen des Pfarrers Köstl um einen Beitrag für die auf dem St. Jacobsplatz aufzustellenden Marienstatue.

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser haben den von dem letzten Brandunglücke betroffenen Bewohnern des Pfarrortes Ulrichsberg in Ober-Oesterreich eine Unterstützung von 1000 fl. baldreichst zu bewilligen geruht.

— Se. Majestät der Kaiser haben den durch Feuer verunglückten Bewohnern der Gemeinde Sanow in Mähren 300 fl. allernädhmst zu spenden geruht.

— (Das Ackerbauministerium) hat alle Bezirkshauptmannschaften aufgefodert, die Bezirksstraßen mit Maulbeerbäumen zu bepflanzen, und ihnen diesbezügliche Weisungen an die Hand gegeben. Diese Verordnung ist besonders für unsere Provinz ungemein wichtig.

— (Der istrischer Landtag) hat bei der Berathung des Real-schulgesetzes den Antrag der Regierung, daß derjenige, welcher eine Schule erhält, das Recht haben

